

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Niklas Schrader und Katina Schubert (LINKE)**

vom 16. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Februar 2022)

zum Thema:

**Übergriffe auf Geflüchtete im Jahr 2021 und Bleiberechtsregelung für  
Betroffene von Hasskriminalität V**

und **Antwort** vom 28. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. März 2022)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE) und Frau Abgeordnete Katina Schubert (LINKE)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11009  
vom 16. Februar 2022  
über Übergriffe auf Geflüchtete im Jahr 2021 und Bleiberechtsregelung für  
Betroffene von Hasskriminalität V

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. An welchen Orten und zu welchen Zwecken kam es innerhalb von Berlin im Jahr 2021 zu Angriffen, Überfällen, Attacken gegen Geflüchtete bzw. Asylsuchende? Bitte einzeln und tabellarisch aufschlüsseln nach:
  - a. Tatzeit (Datum, Uhrzeit),
  - b. Tatort (Bezirk, Straße),
  - c. Außerhalb der Unterkunft oder der Wohnung (Ja/Nein),
  - d. Delikt,
  - e. Kurzsachverhalt,
  - f. Themenfelder,
  - g. Unterthema Ausländerthematik,
  - h. Unterthema Asylthematik/gegen Asylunterkünfte,
  - i. Unterthema Hasskriminalität,
  - j. Unterthema Rassismus,
  - k. Pressemitteilung der Polizei (Ja/Nein).

Zu 1.:

Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangsstatistik. Das bedeutet, der Fall wird sofort gezählt, wenn er bekannt wurde, und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die als Anlage beigefügten statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - gegebenenfalls bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Gerichtsurteils - einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu einer Aktualisierung oder zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Rahmen des KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind. Liegt der Tatort in einem anderen Bundesland, wird der Fall dort statistisch gezählt.

Zur Beantwortung der Anfrage wurden die Daten aus dem Zeitraum Januar bis Dezember des Jahres 2021 zugrunde gelegt, bei denen als Angriffsziel der Wert „Asylbewerber/Flüchtling“ vergeben wurde.

Für das Jahr 2021 wurden 30 Fälle mit dem Angriffsziel „Asylbewerber/Flüchtling“ registriert. Diese sind in der Anlage aufgeführt, die Sortierung erfolgt nach Tatzeit. Die Erläuterungen für die Abkürzungen befinden sich darunter.

Eine automatisierte Auswertung, ob die Tat außerhalb oder innerhalb einer Unterkunft oder Wohnung stattgefunden hat, ist durch die Polizei Berlin nicht möglich. Gerade bei sogenannten Distanzdelikten (z. B. Straftaten begangen mittels Internetveröffentlichung) handelt es sich bei den angegebenen Anschriften häufig um die Feststelladressen und nicht den Tatort; konkrete Geschädigte sind in diesen Fällen regelmäßig nicht bekannt. Ergab sich als Tatörtlichkeit eine Flüchtlingsunterkunft aus der Sachverhaltsdarstellung, wurde dies explizit erwähnt.

2. Wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Straftaten insgesamt körperlich geschädigt? (Bitte aufschlüsseln nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit.)

Zu 2.:

Die erfragten Daten ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Altersgruppe	Staatsangehörigkeit	Geschlecht unbekannt	Geschlecht männlich	Gesamt
Erwachsener	Afghanistan	0	1	1
Erwachsener	Deutschland	0	1	1
Erwachsener	Irak	0	1	1
Erwachsener	unbekannt	1	1	2
Anzahl Opfer gesamt		1	4	5

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 9. Februar 2022

3. Wie viele Tatverdächtige hat die Polizei im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Straftaten insgesamt ermittelt? (Bitte aufschlüsseln nach Alter, Geschlecht.)

Zu 3.:

Es konnten 14 Männer und drei Frauen als tatverdächtig bekannt gemacht werden. Alle waren Erwachsene.

4. Über wie viele der Tatverdächtigen lagen polizeiliche Vorerkenntnisse aus dem Phänomenbereich PMK -rechts- vor?

Zu 4.:

Es lagen keine polizeilichen Vorerkenntnisse vor.

5. Wie viele Anträge auf ein Bleiberecht für Opfer von Hasskriminalität wurden seit Bestehen der Weisung der Senatsverwaltung für Inneres über ein Bleiberecht für Betroffene von Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit Hasskriminalität gestellt? (Bitte nach Jahren getrennt auflisten.)

Zu 5.:

Seit Bestehen der o. g. Weisung wurde bislang ein Antrag im Jahr 2019 beim Landesamt für Einwanderung (LEA) gestellt.

Alle übrigen geprüften Fälle wurden dem LEA nur bekannt, weil das Berliner Landeskriminalamt (LKA) den Sachverhalt ermittelt hat. Die betroffenen Personen fielen nicht unter die Bleiberechtsregelung, weil sie nicht ausreisepflichtig waren. Für den Fall, dass diese in der Zukunft ausreisepflichtig werden sollten, ist in der Akte der betroffenen Personen vermerkt, dass es sich um Opfer von Hasskriminalität handelt, denen ggf. nach der Weisung eine Duldung zu erteilen und zur Antragstellung bei einem Mitglied der Härtefallkommission zu raten wäre.

6. Wie viele Duldungen wurden im Zusammenhang mit der Weisung jeweils in den Jahren seit 2021 bislang auf welcher Rechtsgrundlage ausgestellt?

Zu 6.:

In einem Fall erhielt ein Betroffener eine Duldung nach § 60a Abs. 2 S. 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), weil seine Anwesenheit als Opferzeuge für das Strafverfahren mit Bezug zur Hasskriminalität für sachgerecht erachtet wurde. Mittlerweile ist der Betroffene im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG.

7. Wie viele Aufenthaltserlaubnisse wurden im Zusammenhang mit der Weisung jeweils in den Jahren seit 2021 auf welcher jeweiligen Rechtsgrundlage erteilt?

8. Wie viele Anträge wurden jeweils in den Jahren seit 2021 aus welchen jeweiligen Gründen abgelehnt? (Bitte aufschlüsseln.)

Zu 7. und 8.:

Im Zusammenhang mit der Weisung wurden weder Aufenthaltserlaubnisse erteilt noch wurden Anträge abgelehnt.

9. Wie viele Fälle wurden jeweils in den Jahren seit 2021 insgesamt von den Sicherheitsbehörden als in Frage kommend gemeldet und wie viele von diesen wurden als ungeeignet für die Bleiberechtsregelung erachtet, weil

- a. keine nachvollziehbare Ausreisepflicht bestand,
- b. es an erheblichen Folgen der Tat mangelte,
- c. dem Landesamt für Einwanderung die Einverständniserklärung der Betroffenen für eine Übermittlung fehlte oder
- d. sonstige Gründe welcher Art vorherrschten?

Zu 9.:

Im Jahr 2021 wurden zwei Fälle vom LKA gemeldet. Diese fielen jedoch nicht unter die Bleiberechtsregelung.

Wie bereits zu Frage 6. ausgeführt, erhielt eine Person eine Duldung gem. § 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG.

In einem weiteren Fall war der Betreffende zum Zeitpunkt der Straftat bereits im Besitz eines Aufenthaltstitels gem. § 25 Abs. 3 AufenthG.

10. Inwieweit wird die bestehende Bleiberechtsregelung vom Senat überprüft bzw. evaluiert und ggf. Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte, niedrigschwellige Anwendung angestrebt?

Zu 10.:

Die Regelung wurde im Jahr 2018 evaluiert und erweitert. Es werden demnach auch Personen einbezogen, die zwar zum Tatzeitpunkt noch im Besitz eines Aufenthaltstitels oder einer Aufenthaltsgestattung waren, jedoch ggf. erst Jahre später vollziehbar ausreisepflichtig werden. Das LEA stellt mit einem entsprechenden Vermerk zum aufenthaltsrechtlichen Vorgang des Opfers sicher, dass für den möglichen Fall des späteren Eintritts einer Ausreisepflicht die Voraussetzungen für ein Bleiberecht erneut geprüft werden (vgl. Antwort zu Frage 5.). Dadurch wird auch gewährleistet, dass etwaige Straftaten auch Jahre später in einem möglichen Härtefallkommissionsverfahren gem. § 23a

AufenthG berücksichtigt werden können. Das Anliegen des Senats war und ist auch weiterhin, für diesen Personenkreis ggf. auch Jahre nach der Tat eine Bleibeperspektive zu schaffen.

Berlin, den 28. Februar 2022

In Vertretung

Torsten Akmann  
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

Anlage Schriftliche Anfrage 19/11009

Fallaufkommen zum Nachteil von geflüchteten Menschen 2021

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	A/A;fref;islam;ausl	29.04.2021 19:05 Uhr	Der unbekannte Tatverdächtige versandte einen Brief an die italienische Botschaft, in dem auch Äußerungen gegen Geflüchtete enthalten waren.	Hiroshimastr.	Tiergarten	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	02.05.2021 19:47 Uhr	Der Tatverdächtige veröffentlichte auf Facebook ein Gedicht, welches sich u. a. gegen Geflüchtete richtete.	Landecker Str.	Schmargendorf	nein
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;ausl	17.05.2021 20:00 Uhr	Die Tatverdächtige beleidigte den Geschädigten ausländerfeindlich. Dabei fielen auch Äußerungen gegen Geflüchtete.	Murtener Str.	Lichterfelde	nein

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	A/A;fref;Rass;ausl	18.05.2021 18:58 Uhr	Der Tatverdächtige spritzte mit einer Spritzpistole eine Flüssigkeit von seinem Balkon aus auf den darunter liegenden Balkon der Geschädigten.	Wolfsburger Weg	Mariendorf	nein
§ 241 StGB	Bedrohung	fref;(zwAusl); islam;zwAF	25.05.2021 21:00 Uhr	Der Tatverdächtige bedrohte den Geschädigten ausländerfeindlich.	Hardenbergplatz	Charlottenburg	nein
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	A/A;(zwAusl)	12.06.2021 03:20 Uhr	Der Tatverdächtige warf zwei Flaschen auf eine Gruppe unbekannt gebliebener Personen. Im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen äußerte er sich abfällig über Geflüchtete.	Bernauer Str.	Mitte	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ggSta;ausl	21.06.2021 10:00 Uhr	Der Tatverdächtige veröffentlichte auf seinem Instagram-Kanal ein Foto von sich mit einem Text, der sich u. a. gegen Geflüchtete richtete.	Bayernring	Tempelhof	nein



Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	16.07.2021 04:03 Uhr	Ein Twitter-Nutzer veröffentlichte einen Beitrag, der sich gegen Geflüchtete richtete.	Bayernring	Tempelhof	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;asm;fref;Rass; polGeg; ausl	22.07.2021 21:07 Uhr	Ein unbekannter Tatverdächtiger sandte eine E-Mail an einen Fernsehsender, in der er sich u. a. gegen Geflüchtete äußerte.	Karl-Lieb- knecht-Str.	Mitte	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;Rass;ggSta; islam; ggMe;ausl	05.08.2021 07:33 Uhr	Eine unbekannt Person verschickte drei E-Mails, u. a. an den Axel-Springer-Verlag, deren Inhalt sich gegen Geflüchtete richtete.	Axel-Springer- Str.	Kreuzberg	nein
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;ausl	08.08.2021 14:10 Uhr	Der Tatverdächtige äußerte sich abfällig über Geflüchtete.	Fürstenwalder Damm	Rahnsdorf	nein
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;sexOr;ggli; ausl	25.08.2021 20:30 Uhr	Der Geschädigte (Mitglied des Europäischen Parlaments) erhielt eine E-Mail, in der sich der Verfasser abfällig über Geflüchtete äußerte.	Kurfürstendamm	Charlottenburg	nein

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	02.09.2021 18:07 Uhr	Ein Facebook-Nutzer veröffentlichte einen volksverhetzenden Beitrag, der sich u. a. gegen Geflüchtete richtete.	Döbelner Str.	Hellersdorf	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	02.09.2021 18:19 Uhr	Der Tatverdächtige veröffentlichte auf Facebook einen volksverhetzenden Beitrag, der sich u. a. gegen Geflüchtete richtete.	Gensinger Str.	Friedrichsfelde	nein
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	A/A;fref;VN;ausl	14.09.2021 10:55 Uhr	Unbekannte Tatverdächtige klebten einen Aufkleber der NPD auf das Eingangsschild eines Hilfszentrums für Geflüchtete.	Turmstr.	Moabit	nein
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	A/A;fref;V/P;ausl	26.09.2021 01:10 Uhr	Der Tatverdächtige äußerte sich abfällig über Geflüchtete und zeigte den Hitlergruß.	S-Bhf. Potsdamer Platz	Mitte	nein

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;ausl	27.09.2021 22:00 Uhr	Der Tatverdächtige beschimpfte die Geschädigte in einer Flüchtlingsunterkunft ausländerfeindlich.	Alte Jakobstr.	Kreuzberg	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;pol-Geg;ausl	30.09.2021 keine Uhrzeit bekannt	Ein unbekannter Tatverdächtiger kommentierte einen Artikel im Internet volksverhetzend.	Dorotheenstr.	Mitte	nein
§ 223 StGB	Körperverletzung	A/A;fref;ausl	02.10.2021 01:00 Uhr	Der unbekannte Tatverdächtige beleidigte den Geschädigten ausländerfeindlich. Dann zog er eine Pistole hervor und zog den Verschluss zurück. Dabei verlor er zunächst das Magazin aus der Pistole und ließ diese dann zu Boden fallen. Er begab sich daraufhin zum Geschädigten und stieß mit seiner Stirn auf dessen Nase.	Ribnitzer Str.	Neu-Hohenschönhausen	Nr. 2177

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;ausl	03.10.2021 16:10 Uhr	Im Rahmen von Streitigkeiten beleidigte der Tatverdächtige den Geschädigten ausländerfeindlich. Dabei fielen auch Äußerungen, die sich gegen Geflüchtete richteten.	Uhlandstr.	Wilmerdorf	nein
§ 223 StGB	Körperverletzung	A/A;fref;ausl	26.10.2021 19:15 Uhr	Die Tatverdächtige unterhielt sich in einem Bus lautstark über Geflüchtete. Der Geschädigte bat sie, die Äußerungen zu unterlassen, worauf er beleidigt und nach ihm getreten wurde.	Gottlieb-Dunkel-Str.	Tempelhof	nein
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;ggli;ggSta ; ausl	04.11.2021 11:52 Uhr	Eine unbekannte Person schickte der Bundesregierung über das Kontaktformular eine Nachricht, die sich u. a. gegen Geflüchtete richtete.	Platz der Republik	Tiergarten	nein

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	A/A;asm;fref;V/P;ausl	04.11.2021 15:33 Uhr	Der Geschädigte gab an, dass er erst einen Schlag oder einen Tritt gegen seinen Rücken erhielt. Dann schlug ihm einer der Täter mit seinem Regenschirm auf die Schulter. Dabei wurde er ausländerfeindlich beleidigt.	U-Bhf. Kochstr.	Kreuzberg	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ausl	08.11.2021 23:59 Uhr	Der Geschädigte wurde aufgrund seines Engagements in der Flüchtlingspolitik auf Twitter volksverhetzend thematisiert.	Klixstr.	Reinickendorf	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;ggli;ausl	09.11.2021 09:35 Uhr	Der Geschädigte wurde aufgrund seines Engagements in der Flüchtlingspolitik im Internet volksverhetzend thematisiert.	Klixstr.	Reinickendorf	nein

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;ausl	09.11.2021 23:59 Uhr	Der Geschädigte wurde aufgrund seines Engagements in der Flüchtlingspolitik im Internet volksverhetzend thematisiert.	Klixstr.	Reinickendorf	nein
§ 130 StGB	Volksverhetzung	A/A;fref;pol-Geg;ausl	12.11.2021 15:28 Uhr	Bei einem Hilfsverein für Geflüchtete ging eine E-Mail mit ausländerfeindlichem Inhalt ein.	Platz der Republik	Tiergarten	nein
§ 111 StGB	öffentliche Aufforderung zu Straftaten	A/A;asm;fref;GeWe; ggSta;islam;R/S	15.11.2021 12:18 Uhr	Ein Facebook-Nutzer reagierte auf einen Beitrag des Robert-Koch-Instituts, indem er das Vorhandensein des Corona-Virus leugnete und sich abfällig u. a. über Geflüchtete äußerte.	Dorotheenstr.	Mitte	nein
§ 185 StGB	Beleidigung	A/A;fref;Rass;ausl	24.11.2021 02:55 Uhr	Der Tatverdächtige beleidigte den Geschädigten rassistisch. Dabei fielen auch Äußerungen gegen Geflüchtete.	Marburger Str.	Charlottenburg	nein

Zähldelikt	Bezeichnung	Thema	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Pressemitteilung
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	I/F;sexOr;zwAus; zwAF	14.12.2021 22:00 Uhr	Der Geschädigte wurde aufgrund seiner Homosexualität in einer Flüchtlingsunterkunft angegriffen.	Lobitzweg	Köpenick	nein

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 9. Februar 2022

Erläuterungen:

Abkürzung	Bezeichnung
A/A	Ausländer-/Asylthematik
asm	antisemitisch
ausl	ausländerfeindlich
fref	fremdenfeindlich
GeWe	Gesundheitswesen
ggli	gegen links
ggMe	gegen Medien
ggSta	gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole

Abkürzung	Bezeichnung
I/F	Islamismus/Fundamentalismus
islam	islamfeindlich
polGeg	gegen sonstige politische Gegner
R/S	Reichsbürger/Selbstverwalter
Rass	Rassismus
sexOr	sexuelle Orientierung
V/P	Verherrlichung Propaganda
VN	Völkischer Nationalismus
zwAF	zwischen Asylbewerbern/Flüchtlingen
zwAusl	zwischen Ausländern